

19. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion der CDU
auf Annahme einer EntschlieÙung

Das Vertrauen ist endgültig verloren – die Regierende Bürgermeisterin muss Senator Geisel sofort entlassen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin hat dem Senat, ausdrücklich der Senatsinnenverwaltung vom am Wahltag zuständigen Senator Geisel, und der Landeswahlleitung im Rahmen seiner mündlichen Verhandlung am 28. September 2022 ein verheerendes Zeugnis ausgestellt. Die Ausführungen des Gerichts zum historischen Organisationsversagen bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen im vergangenen Jahr waren an Deutlichkeit kaum zu übertreffen. Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Demokratie wurde schwer erschüttert. Es wird womöglich nur durch eine komplette Wiederholung der Wahlen wiederherzustellen sein.

Das Abgeordnetenhaus teilt die Einschätzung des Gerichts, wonach die Senatsverwaltung für Inneres unter der Führung des seinerzeit zuständigen Innensenators Geisel maßgeblich für die schweren Wahlfehler verantwortlich ist. Trotz aller Hinweise und Warnungen im Vorfeld wurden die Wahlen unzureichend vorbereitet, ihre Durchführung geriet zum Chaos.

Wer das Vertrauen in die Integrität demokratischer Wahlen erschüttert, gefährdet letztlich das Fundament unserer Demokratie. Es ist deshalb um so wichtiger, dass auf allen Ebenen deutlich sichtbare Konsequenzen aus dem Wahl-Desaster gezogen werden – politisch, organisatorisch und persönlich. Die Berlinerinnen und Berliner haben einen Anspruch darauf.

Das Vertrauen in Senator Geisel ist verloren. Der Senator hätte spätestens am vergangenen Mittwoch Verantwortung übernehmen und zurücktreten müssen. Stattdessen erleben die Berli-

nerinnen und Berliner ein unwürdiges Schauspiel: Senator Geisel klammert sich ans Amt, Innenstaatssekretär Akmann widerspricht öffentlich dem Verfassungsgerichtshof, die Regierende Bürgermeisterin schaut zu.

Die Regierende Bürgermeisterin trägt Verantwortung für den gesamten Senat. Wenn Senator Geisel sich weigert, von sich aus zurückzutreten, muss sie endlich die unausweichlichen Konsequenzen ziehen und Senator Geisel sofort entlassen.

Begründung:

Das Wahl-Desaster am 26. September 2021 war vorhersehbar und vermeidbar. Zu diesem Schluss kam bereits die vom seinerzeit zuständigen Innensenator Geisel eingesetzte Expertenkommission. Schon die Experten wiesen auch auf die Mitverantwortung der Innenverwaltung für das Organisationsversagen hin.

Berlin wurde am Wahltag vor den Augen der Welt blamiert. Das Vertrauen der leidgeprüften Berlinerinnen und Berliner, dass der Senat zumindest Wahlen ordnungsgemäß zu organisieren in der Lage ist, wurde schwer erschüttert. Das Versagen wiegt umso schwerer, als dass zahlreiche Hinweise und Warnungen die strukturellen Mängel der Wahlorganisation im Vorfeld aufgezeigt haben.

Seit dem Wahltag leugnet der seinerzeit zuständige Senator jede politische oder persönliche Mitverantwortung für das Desaster. Seine Argumentation baut im Wesentlichen darauf auf, dass die Wahlorganisation allein der unabhängigen Landeswahlleitung obliege. Wie unglaublich das ist, macht sich schon daran fest, dass seine Nachfolgerin mit einiger Verspätung nunmehr daran arbeitet, die festgestellten Mängel zu beseitigen und bessere Voraussetzungen für die Durchführung künftiger Wahlen in Berlin zu schaffen. Das hätte allerdings schon Senator Geisel tun müssen, zumal mindestens seit 2017 Hinweise auf die strukturellen Mängel vorlagen.

Es ist deshalb nicht überraschend, wenn der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin in seiner vorläufigen Einschätzung zur Rechtslage ausdrücklich davon ausgeht, dass die Verantwortung für die von ihm festgestellten schweren Wahlfehler nicht nur bei der Landeswahlleitung zu sehen ist, sondern ausdrücklich auch bei der Senatsverwaltung für Inneres unter Leitung von Senator Geisel.

Die Berlinerinnen und Berliner haben nicht nur einen Anspruch auf die Integrität von Wahlen, sondern auch auf die Integrität ihres Senats. Es ist eine demokratische Zumutung, wie der für das Wahl-Desaster verantwortliche Senator sich weiterhin an sein Amt klammert und jede politische oder persönliche Verantwortung von sich weist. Verantwortung muss deshalb endlich die Regierende Bürgermeisterin zeigen und ihren Beitrag dazu leisten, das Ansehen des Senats zumindest in Teilen wiederherzustellen und Senator Geisel zu entlassen.

Berlin, 4. Oktober 2022

Wegner Evers
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU